

NIEDERSCHRIFT

über die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	27.02.2001
von:	16.00 Uhr
bis:	18.10 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kleine, Sancho-Antonio
AM Leonhardt, Traugott - bis 17.20 Uhr -
Stv Rujanski, Detlef
AM Schiltz, Ingmar - für AM Leonhardt, Traugott ab 17.20 Uhr -
Stv Sintzen, Gerlinde
AM Stinner, Gabriele - für AM Kesting, Stefan -

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese
AM Löwenberg, Horst
AM Max, Christian - bis 17.50 Uhr -

III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim
AM Peter, Ute - für Stv Lauble, Wilhelm -
AM Westerholt, Günter

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
AM Al-Omary, Falk
AM Gräbener, Klaus
Stv Groß, Michael
AM Gürke, Volker - bis 17.50 Uhr -
AM Holdinghausen, Rolf
AM Schneider, Martina

AM Schollmeyer, Wolfgang - für AM Gürke, Volker ab 17.50 Uhr -
Stv Tielsch, Ingrid

V. Aufgrund besonderer Einladung zu TOP 5 ö. T.:

Frau Ditsch - Vorsitzende des Ausländerbeirates und der 13er-Kommission -

VI. Als Zuhörer:

AM Schollmeyer, Wolfgang - bis 17.50 Uhr -
AM Memarian, Annemarie
AM Schiltz, Ingmar - bis 17.20 Uhr -
AM Stephany, Torsten
s. B. Kessler, Silvia

VII. Von der Verwaltung:

VA Juchems-Voets
VA Dr. Jung
Stl Engelmann - ab 16.10 Uhr bis 17.40 Uhr -
VA Liedtke
VA Roth
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Elter, Uwe
AM Kesting, Stefan
Stv Lauble, Wilhelm

Entschuldigt fehlte:

AM Lorenz, Gerd Rainer

Vor Eintritt in die Tagesordnung geben Vertreterinnen des Vereins „Mütterzentrum e.V.“ aus Anlass der Spende der Sitzungsgelder vom 05.12.2000 an den Verein einen kurzen Bericht zu ihrer Einrichtung. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass Gedanken zu einer neuen Unterbringungsmöglichkeit für den Verein kurzfristig notwendig werden.

Herr Groß bittet die Verwaltung diesbezüglich um Hilfestellung.

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder sind mit der Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil um die Punkte 3.1, 3.2, 4.1 und 4.2 einverstanden.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Kleine bestimmt.

11. JHA 27.02.2001

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.01.2001

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

11. JHA 27.02.2001

3. Fragestunde

3.1 Servicestelle Kinderbetreuung

- Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.01.2001 -

Die von Herrn Dr. Rohr verlesene Stellungnahme der Verwaltung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Kleine möchte wissen, ob die freien Träger über den Sachverhalt informiert wurden.

Frau Juchems-Voets antwortet, dass dies im Rahmen der AG 78 geschehen ist.

11. JHA 27.02.2001

3.2 Einrichtung einer ABM-Stelle zur Sozialarbeit an Hauptschulen

- Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.02.2001 -

Die von Herrn Dr. Rohr vorgetragene Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Frage von Herrn Kleine führt er aus, dass bei einer Erhöhung des Trägeranteils von den bisher beschlossenen 10 % für die Dauer von 2 Jahren aus städtischen Mitteln eine erneute politische Entscheidung erforderlich ist.

11. JHA 27.02.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Honorarkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit

- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.02.2001 -

Herr Rujanski erläutert umfangreich den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Kleine weist auf einen CDU-Antrag bezüglich der Fortsetzung der Schulsozialarbeit hin, der in der morgigen Sitzung des Rates behandelt wird. Dieser ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Er regt an, den Wortlaut seitens des Jugendhilfeausschusses zu bekräftigen und damit gegenüber dem Rat eine entsprechende Beschlussempfehlung abzugeben. Der Antrag soll verhindern, vorschnell Verpflichtungen einzugehen, die nicht tragbare finanzielle Folgewirkungen auslösen. Er ruft sowohl die Verwaltung als auch die Politik auf, sich über alternative Finanzierungsmöglichkeiten zur Weiterführung der Schulsozialarbeit auf jetzigem Niveau (Abfrage von Handhabungsweisen in anderen Kommunen, alternative Trägermodelle) Gedanken zu machen.

Da der unterbreitete Deckungsvorschlag unrealistisch ist, kann er sich dem Antrag der SPD-Fraktion nicht anschließen.

Grundsätzlich begrüßt Herr Groß das Vorhaben der CDU-Fraktion, wünschenswert wäre jedoch die *dauerhafte* Entfristung der Schulsozialarbeit. Den Vorschlag einer außerplanmäßigen Bereitstellung zusätzlicher Mittel begrüßt er außerordentlich.

Auch Frau Tielsch spricht sich für eine Entfristung aus.

Um Zeit für weitere Überlegungen zu gewinnen, ist die Vorgehensweise der CDU-Fraktion zu begrüßen, so auch Frau Klein.

Wie von Herrn Dr. Rohr vorgeschlagen, fordert Herr Löwenberg eine erneute Vorstellung des „Siegener Modells“ in einer der kommenden Sitzungen. Unter Bezugnahme auf die Verwaltungsvorlage 724/00 (JHA 17.10.2000, TOP 5 ö. T.) äußert er seine Auffassung, dass eine kostengünstigere Durchführungsalternative bei Aufrechterhaltung der Schulsozialarbeit auf bisherigem Niveau auch bei der Durchführung durch einen freien Träger nicht realisierbar ist. Bei Durchführung durch ehrenamtlich Tätige befürchtet er einen Qualitäts- und Quantitätsverlust. Eine totale Entfristung der Schulsozialarbeit wäre wünschenswert.

Ergänzend zu dem Wortlaut des zur Ratssitzung gestellten CDU-Antrages führt Herr Schmidt aus, dass die CDU-Fraktion zur Weiterführung der Schulsozialarbeit im jetzigen Umfang steht, wenn nach entsprechender Prüfung feststeht, dass sich günstigere Durchführungsalternativen nicht verwirklichen lassen.

Auf Antrag von Herrn Rujanski wird die Sitzung von 17.05 Uhr bis 17.15 Uhr unterbrochen.

Herr Rujanski zieht den Antrag der SPD-Fraktion vor dem Hintergrund der Erklärung von Herrn Schmidt zurück. Er ist davon überzeugt, dass sich kostengünstigere Durchführungsalternativen nicht aufdecken lassen, schließt sich aber dennoch dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zur Ratssitzung am 28.02.2001 an.

Beschluss (auf Anregung von Herrn Kleine):

1. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat, zu beschließen, für die Fortsetzung der Schulsozialarbeit über den 31.07.2001 hinaus bis zum 31.12.2001 die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 210.000,00 DM in den Haushalt einzustellen. Sofern keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten gegeben sind, soll die Finanzierung aus weiteren Vermögenserlösen erfolgen.
2. Um die Schulsozialarbeit für die Zukunft zu gewährleisten, empfiehlt der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, vor der Einbringung des Haushaltes 2002 eine Vorlage zur Beschlussfassung im Rat vorzulegen, in der insbesondere die finanziellen Auswirkungen dargestellt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

11. JHA 27.02.2001

4.2 Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit

- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.02.2001 -

Auf Frage von Herrn Kleine antwortet Herr Dr. Rohr, dass der erste Teil des Antrages (Bestandsaufnahme) problemlos durchführbar ist. Um der zweiten Forderung nachzukommen (Aufnahme auch der Einrichtungen und Maßnahmen freier Träger, die bisher nicht gefördert werden, deren Angebote aber mit bestehenden der Stadt Siegen und / oder geförderten anderer Träger vergleichbar sind) kann er sich vorstellen, sämtliche freien Träger mit der Bitte anzuschreiben, diesbezügliche Angebote zu benennen.

Er hält es für möglich, dass die zusammengetragenen Ergebnisse antragsgemäß im Laufe dieses Jahres vorgelegt werden können.

Herr Schollmeyer befürwortet den Antrag. Er unterbreitet den Vorschlag, zur nächsten Sitzung ein Konzept vorzulegen, in welchen konkreten Bereichen geplant werden soll (z. B. im Wege einer Fachplanung oder einer stadtteilorientierten Planung). In diese Überlegungen sind die freien Träger einzubeziehen. Insbesondere spricht er sich für die Einbindung des Bereiches „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ aus.

Herr Groß stimmt Herrn Schollmeyer zu. Der Antrag der CDU-Fraktion sollte als erster Schritt gesehen werden, auf dem eine umfassende Debatte mit entsprechenden Fachplanungen aufbauen muss.

Die von Herrn Dr. Rohr vorgeschlagene Vorgehensweise kann akzeptiert werden, so Herr Schmidt.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Die Verwaltung (Sozial- und Jugendhilfeplanung) wird beauftragt, eine umfassende Bestandsaufnahme bezüglich der durch den Fachbereich 5 „Soziales, Familien, Jugend und Wohnen“ durchgeführten und / oder durch den Haushalt dieses Fachbereiches geförderten Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit zu erstellen. Aufgenommen werden sollen auch Einrichtungen und Maßnahmen freier Träger, die bisher nicht gefördert werden, deren Angebote aber mit bestehenden der Stadt Siegen und / oder geförderten anderer Träger vergleichbar sind.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

11. JHA 27.02.2001

**5. Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus
- Verteilung der Fördermittel**

Vorlagenr. 985/01 - Vorlage vom 14.02.2001 -

Herr Groß schließt sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage an, um nicht erneut in die Einzeldiskussion, die in der 13er-Kommission umfassend geführt wurde, einzusteigen.

Die Bewertung der Einzelprojekte nähme Herr Kleine anders vor.

In der Formulierung des Beschlussvorschlages vermisst Herr Schiltz einen Hinweis darauf, dass die 13er-Kommission bezüglich der Auszahlungsmodalitäten der Fördermittel die Möglichkeit einer Vorfinanzierung einzelner Projekte nicht ausgeschlossen hat.

Die Entscheidungen über die Anträge geben ein ausgewogenes Bild ab, so dass sich Frau Tielsch der Vorlage anschließen kann.

Herr Al-Omary bedauert, dass wenig ausländische Vereine Zuschussmittel beantragen haben. Sollte ein ähnliches Sonderprogramm erneut aufgelegt werden, sollten diese besser informiert und zur Antragstellung ermuntert werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt auf Empfehlung der 13-er Kommission die Verteilung der Mittel gemäß der der Vorlage beigefügten Anlage. Er beschließt ferner, dass die Frist für die Vorlage des Verwendungsberichtes auf 4 Wochen nach Projektende verkürzt wird und grundsätzlich eine Auszahlung der Fördermittel erst nach Abrechnung erfolgt.

**Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (CDU),
0 Enthaltungen**

Zum Ende des öffentlichen Teils weist Herr Dr. Rohr darauf hin, dass die ursprünglich auf den 13.03.2001 terminierte Sitzung entfällt.

Eine Sondersitzung mit dem Thema „Erzieherische Hilfen“ wird nach Absprache mit dem Ausschussvorsitzenden am Montag, 02.04.2001, 15.00 Uhr, stattfinden.

Die nächste reguläre Sitzung wird am 24.04.2001 abgehalten.